

Angriff der NGOs

Leonid Savin gehört zu jenen russischen Analysten, die Farbrevolutionen in aller Welt beobachten und auswerten. Im Gespräch mit **ZUERST!** erläutert der junge Wissenschaftler seine Forschungsergebnisse



Foto: Privat

Leonid Savin, geboren 1974 in der Ukraine, ist Chefredakteur des russischen Magazins *Geopolitika*. Savin ist zudem Angehöriger des Zentrums für konservative Forschung an der soziologischen Fakultät der Staatlichen Universität Moskau. Leonid Savin arbeitet eng mit dem russischen Politologen Alexander Dugin zusammen. Savin gilt als Experte für die Aktivitäten ausländischer Nichtregierungsorganisationen (NGO) in Rußland.

Herr Savin, in Budapest und Prag kam es im November zu Protesten gegen die dortigen Regierungen. In Prag sollte die Demonstration ursprünglich an die „Samtene Revolution“ in der Tschechoslowakei vor 25 Jahren erinnern – und wurde zu einem Protest gegen den tschechischen Präsidenten. In Budapest ging es ursprünglich gegen eine geplante Internet-Steuer, jetzt wurde daraus eine Anti-Orbán-Bewegung. Beide Länder fielen in den letzten Wochen und Monaten dadurch auf, daß sich deren Regierungen mehr oder minder „pro-russisch“ äußerten. Und beide Proteste werden mittlerweile in den Mainstream-Medien als „Maidan 2.0“ bezeichnet. Sehen Sie da einen Zusammenhang?

Savin: Es gibt wesentliche Unterschiede zwischen den „Revolutionen“ während der Ära des Kalten Krieges, der ersten Welle der sogenannten „Farbrevolutionen“ und den heutigen „Aufständen“, die übrigens immer von außen manipuliert werden – mit mehr oder weniger großem Erfolg.

Wie meinen Sie das?

Savin: Die politische und soziale Situation in den Staaten der EU verschlechtert sich, das befeuert die Bereitschaft zum offenen Protest. Außenstehende Manipulatoren müssen nur ihre Szenarien gut vorbereiten und auf den „kritischen Moment“ warten, um selbst aktiv einzugreifen. Wir konnten das während der letzten Proteste in Tschechien und Ungarn beobachten. Doch in beiden Ländern wurde die US-Botschaft überrascht und mischte erst in der letzten Phase der Proteste wirklich mit.

Welche Rolle spielt das anti-russische Ressentiment bei solchen „Revolutionen“?

Savin: Wenn es um die Vergangenheit geht, sollten wir besser über eine „anti-sowjetische“ Ausrichtung sprechen. Es gibt einen großen Unterschied zwischen „anti-sowjetisch“ und „anti-russisch“. Die Proteste 1956 in Ungarn und 1968 in der Tschechoslowakei waren anti-sowjetisch und wurden von den sowjetischen Streitkräften und den Alli-

ierten des Warschauer Paktes niedergeschlagen. In der Tschechoslowakei spielte übrigens die NVA der DDR eine wichtige Rolle bei der Niederschlagung des „Prager Frühlings“. Aber die US-Strategie war viel intelligenter und ging tiefer. Die US-amerikanischen Radiostationen „Radio Liberty“ und „Free Europe“ spielten während des Kalten Krieges eine wichtige Rolle im Informationskrieg. Die Sowjetunion bediente sich ähnlicher Methoden.

Und heute?

Savin: Heute findet die westliche Propaganda weitaus „verstreuter“ statt. Eine wichtige Rolle spielt hierbei auch die lokale Wirtschaft, da das Kapital „transnational“ ist und Grenzen immer mehr verschwimmen. London oder New York bedienen manchmal die Interessen einiger reicher ungarischer oder tschechischer Staatsbürger besser als die eigenen gewählten Regierungen. Wir haben es heute mit einem internationalen neoliberalen Kartell zu tun, das in die nationalen Sphären hinein agiert.

Wir funktionieren solche „Farbrevolutionen“ generell?

Savin: Die klassische „Farbrevolution“ beginnt während oder unmittelbar nach einer Wahl mit dem Vorwurf, die Wahlergebnisse seien gefälscht worden. Die Opposition hat mit ausländischer Hilfe und Finanzierung eine solche Kampagne seit Monaten vorbereitet. In Jugoslawien (2000), Georgien (2003), der Ukraine (2004) und einigen anderen Ländern können wir genau dieses Szenario beobachten. Später wurde das Strickmuster noch um die Gewalt ergänzt, wie wir an Ägypten (2011), Libyen (2011), Syrien (2011 bis heute) und wieder in der Ukraine (2014) sehen können. Heute können die Gründe für solche „Revolutionen“ sehr unterschiedlich sein, auch die Instrumente, deren sich die Organisatoren bedienen.

Gibt es dazu Beispiele?

Savin: Zunächst einmal ein unbekanntes Beispiel: Am 10. November 1989 wurde der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Bulgariens, Todor Schiwkow, von seinen eigenen Parteifreunden plötzlich entmacht. Der Grund: Er hatte sich zuvor gegen die Politik der Perestrojka von Michail Gorbatschow ausgesprochen. Es geht also um zwei Komponenten: die Unabhängigkeit der eigenen politischen Elite und schwache Glieder in der Führungsebene. Das Beispiel ist wichtig, weil man eine Parallele zu Viktor Janukowitsch, dem gestürzten ukrainischen Präsidenten, ziehen kann. Er hatte im eigenen

politischen Lager viele solcher schwachen Glieder, die bereits heimlich für die Interessen des Westens arbeiteten.

„Die meisten der ‚Farbrevolutionen‘ sind keine wirklichen Revolutionen.“

Ist das nicht eine etwas weit hergeholtte Verschwörungstheorie?

Savin: Ganz und gar nicht. Man sieht es beispielsweise am Sicherheitsapparat von Janukowitsch: Während der Maidan-Proteste äußerten ukrainische Offiziere, sie würden auf keinen Fall einem Befehl Folge leisten, der sie dazu zwingt, auf die eigenen Bürger zu schießen. Kaum war Janukowitsch gestürzt, nutzten genau jene Offiziere Artillerie und Luftangriffe gegen die Menschen im Donbass. Man kann sich fragen, warum der Westen nicht ukrainische politische Verantwortungsträger wie Poroschenko, Turchinow, Avakow und Jazenjuk öffentlich wegen ihrer Verbrechen anklagt. Janukowitsch wurde hingegen schnell mit Sanktionen belegt.

In der Ukraine gingen die Menschen aber zunächst wegen der Korruption auf die Straße...

Savin: Das politische Bewußtsein spielt eine besondere Rolle. Die meisten der

letzten Farbrevolutionen waren keine wirklichen „Revolutionen“. Es waren mehr oder minder emotionale Ausschreitungen oder Revolten. Es ging zunächst meistens um soziale Aspekte, weniger um große politische Weichenstellungen. In der Ukraine waren beide Maidan-Proteste von 2004 und 2013/14 kaum wirklich politisch, sondern allenfalls vopolitisch. Als 2005 Viktor Juschtschenko und 2014 Petro Poroschenko an die Macht in Kiew kamen – beides Vertreter der zuvor protestierenden Oppositionsbewegung –, hat sich wenig geändert, es gab keinen wirklichen politischen Prozeß. Es gab nur eine Fortsetzung der Korruption und eine Neuaufteilung der Macht. Andererseits wurde bei beiden ein spezieller „nationaler Mythos“ der „Revolution“ gepflegt – für die Massen. In Libyen war die Situation übrigens sehr ähnlich. Dort können wir sehen, wie das Land heute durch den Krieg völlig zerteilt ist und Clans über Gebiete herrschen.

Sind solche Kriege wie im Donbass oder in Libyen „Unfälle“ der Farbrevolutionen?

Savin: Betrachtet man solche Vorgänge, kommt man vielleicht schnell zu dem Schluß, daß die Architekten solcher Staatskollapse weitaus mehr an einer

Fragmentierung und Schwächung von Nationalstaaten interessiert sind als an der Einführung von Demokratie – wie sie immer behaupten. Die zeitlose Formel „Teile und herrsche“ funktioniert eben noch immer ausgezeichnet.

Wie kamen die westlichen NGOs überhaupt in diese Länder?

Savin: Wenn wir auf den post-sowjetischen Raum schauen, sehen wir, daß westliche NGOs gleich nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion dort aktiv wurden – in so gut wie allen früheren Sowjetrepubliken und ehemaligen Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes. Aber die Gesellschaften in diesen Ländern waren damals noch nicht bereit für einen großen Umsturz. Es gab für die westlichen Spieler noch interessantere Betätigungsfelder: Wirtschaft, Militär, Bodenschätze. All diese Felder wurden von der westlichen Lobby mit ausländischem Kapital besetzt und übernommen. Als sich der liberale, wirtschaftliche Transformationsprozeß gut gestaltete und die politische Elite sich ein paar Fehler erlaubte, war die Gelegenheit gekommen, einen großangelegten, politischen Transformations-

Pro-westliches Stelldichein auf dem sogenannten „EuroMaidan“ in Kiew im November 2013: „nationaler Mythos“



Foto: Flickr/Ivan Bandura

prozeß zu starten – mit Hilfe der westlichen NGOs, die dort bereits lange tätig waren. Das große Ziel ist eine totale gesellschaftliche Aufsplitterung. Wieder: „Teile und herrsche.“

Dabei geht es doch angeblich um „Demokratie und Menschenrechte“...

Savin: (lacht) Nur Idioten glauben wirklich, daß es um diese Prinzipien geht.

Harte Worte!

Savin: Werfen Sie doch mal einen Blick nach Myanmar oder Mexiko. Ist da etwa alles in Ordnung? Sind die Wahlen dort wirklich glaubwürdig? Aber die EU und die USA erkennen diese Wahlen und die politischen Systeme an. Man arbeitet wirtschaftlich eng zusammen, darf die Bodenschätze ausbeuten. Brüssel und Washington leisten „Hilfe“. Also können wir sagen: Es kommt nur darauf an, wie nahe die politische Führung eines Landes dem Westen ist. Um mehr geht es nicht.

Was braucht man für eine erfolgreiche „Farbrevolution“?

Savin: Man kann sagen: Geld, Humankapital („Aktivisten“) und Technologie sind die drei Bestandteile, die für eine moderne Protestbewegung essentiell sind. Ohne Aktivisten kann man keine Aktionen durchführen. Ohne Geld kann man nichts organisieren. Man braucht auch Rechtsanwälte, moderne Kommunikationsgeräte und Medienkampagnen. Westliche Experten wissen über solche Zusammenhänge bestens Bescheid und verstehen, daß die beste Investition in der Postmoderne die „Humaninvestition“ ist. Im Grunde ist das die altbekannte Schlacht um „Herzen und Hirne“ der Menschen mit modernen Methoden. Die meistgenannten Einflußpersonen solcher Bewegungen sind George Soros und seine „Open Society“-Stiftung und Gene Sharp mit seinen Werken zum „gewaltfreien Widerstand“. Manchmal wird auch Mahatma Gandhi in dem Zusammenhang genannt. Aber ich glaube, daß Leo Trotzki genauso wichtig ist. Auch den Einfluß von Saul Alinsky, Autor des 1981 erschienenen Buches *Rules for Radicals (Regeln für Radikale)*, spielt eine wichtige Rolle. Alinsky ist wenig bekannt, aber er übte einen starken Einfluß auf das US-Establishment aus. Er arbeitete an Konzepten für Netzwerkkriege und Farbrevolutionen.

In der Türkei gab es 2013 die Proteste im Gezi-Park, die gegen die türkische Erdogan-Regierung gerichtet waren. Aber es kam nicht zur Entmachtung des damaligen türkischen Ministerpräsidenten. Im Gegenteil: Heute ist Erdo-

gan Präsident der Türkei, er scheint fester im Sattel zu sitzen als jemals zuvor. Was ging schief?

Savin: Zunächst nutzte Erdogan alle zur Verfügung stehenden Instrumente der Repression gegen die Oppositionsbewegung. Er zögerte nicht. Auch brachte er sein Militär vor den Protesten auf Linie, es wurden viele kritische Befehlshaber entfernt. Die Vor-

anderes Problem: Die Opposition in der Türkei hat keinen Anführer, der von allen Oppositionsgruppen anerkannt wird. In gewissem Sinne ist die türkische Opposition führungslos. Daher war der Sieg Erdogans in dem Konflikt quasi unausweichlich. Und er nutzte zudem einen altbewährten Trick: Vor den Präsidentschaftswahlen gab es eine Amnestie für viele inhaf-



Finanzmogul George Soros gehört zu den privaten Hauptsponsoren sogenannter „Farbrevolutionen“.

Foto: Flickr/Norway UN



Anti-Erdogan-Proteste in Istanbul (2013): „Die Opposition in der Türkei hat keinen Anführer.“

Foto: Wikimedia/VierPicture

gänge von 2013 sind deshalb interessant, weil zuvor Fetullah Gülen, ein türkischer Geschäftsmann, der in den USA lebt, sein Heimatland mit einem halbgeheimen Netzwerk überzogen hatte. Er rief dazu auf, Erdogan anzugreifen. Gülen kontrolliert auch einflußreiche Medien in der Türkei. Aber es gab ein

tierte Gegner Erdogans. So erschien er in dieser Zeit in den Augen vieler Wähler als der „milde, gute Kerl“.

Vor allem in Osteuropa scheinen die westlichen NGOs und Stiftungen eine entscheidende gesellschaftspolitische Rolle zu spielen...

Savin: West- und Osteuropa sind heute in der EU vereint – außer einigen wenigen Ausnahmen wie beispielsweise Serbien. Wir können von zwei Typen des

Einflußsystems sprechen: Ein Einflußsystem ist pro-EU und arbeitet innerhalb der EU, das andere arbeitet außerhalb der EU-Grenzen, ist aber ebenfalls pro-EU. Das Einflußsystem außerhalb der EU arbeitet vor allem auf den Feldern der Menschenrechte und des sogenannten „Monitoring“, also des Sammelns von Informationen. Außerdem werden NGOs gefördert, die in diesen Ländern registriert sind. Es werden langsam mit Hilfe der westlichen Unterstützung politische Institutionen aufgebaut, die immer mehr Einfluß ausüben. In Rußland arbeitet daran beispielsweise das gesamte Spektrum deutscher Stiftungen: die Konrad-Adenauer-Stiftung, die Friedrich-Ebert-Stiftung, die Hanns-Seidel-Stiftung, die Heinrich-Böll-Stiftung, die Friedrich-Naumann-Stiftung und die Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie alle haben eines gemeinsam, obwohl sie in Deutschland verschiedenen politischen Parteien nahestehen: Sie alle arbeiten in Rußland mit liberalen politischen Parteien zusammen und unterstützen die Opposition. Es gibt auch viele andere westliche NGOs und Stiftungen, die in Rußland offiziell registriert sind und offen gegen die Regierung arbeiten: das European Human Rights Advocacy Centre, die Gesellschaft für bedrohte Völker, die Ligue des droits de L'Homme, das International Republican Institute, Freedom House, Amnesty International, Human Rights Watch und so weiter. Darüber hinaus spielen aber auch Schulungsstrukturen eine wichtige Rolle. George Soros betreibt beispiels-

weise eine European University in Budapest. Dieses Institut gilt als wichtige Zentrale für neoliberalen Menschenrechtsaktivismus. Viele EU-Institutionen engagieren sich besonders in der Studenten- und Jugendarbeit in Nicht-EU-Ländern und propagieren die EU-Ideologie von Toleranz und Multikultur.

„Das, was man in Berlin ‚Partnerschaft mit dem Osten‘ nennt, ist doch in Wirklichkeit eine verdeckte Operation.“

Sie erwähnten Rußland. In Moskau kam es während des Bürgermeisterwahlkampfes 2013 zu Ausschreitungen. Die Anhängerschaft des liberalen Anti-Kreml-Kandidaten Alexey Nawalny – Liebling der westlichen Mainstream-Medien – war eine bizarre Mischung aus Hooligans, Ultrationalisten, Homosexuellen-Lobby und ultraliberalen Gruppen. Wie paßt das zusammen?

Savin: Wenn das Geld aus einer bestimmten Quelle kommt, ist es für den Spender einfach, spezielle taktische Bündnisse ins Leben zu rufen. Die Geldempfänger müssen dann gehorchen. So entstehen die – äußerlich betrachtet – bizarrsten Bündnisse. Ultrationalistische und auch feministische Gruppen haben Anführer. Und diese disziplinieren dann ihre Organisationen für solche Bündnisse. Neben der Förderung eint sie auch die negative Einstellung: Es geht gegen den Kreml, es

geht gegen Putin. Diese Gruppen haben keinen positiven politischen Ansatz für ihr Bündnis. Das ist übrigens bei den meisten Farbrevolutionen so. Auch in der Ukraine sehen wir ein Bündnis aus Neonazis und liberalen Menschenrechtsaktivisten. Sie eint der Haß auf Rußland – und die Förderung aus dem Westen.

Moskau verabschiedete 2013 ein Gesetz, das die Aktivitäten von ausländischen NGOs auf russischem Boden einschränken soll...

Savin: Das Gesetz verlangt, daß sich NGOs, die Geld aus dem Ausland empfangen, registrieren lassen müssen. Vorbild hierfür ist übrigens ein Gesetz aus den USA. Vor allem aber US-Politiker kritisierten Rußland wiederum für das NGO-Gesetz. Daran sieht man, daß man in Washington mit zweierlei Maß mißt. Das Weiße Haus kündigte sofort an, daß man Wege finden werde, das Gesetz zu umgehen. Und in der Tat scheint das gar nicht so schwierig zu sein: US-Diplomaten können Gruppen in Rußland direkt mit Bargeld versorgen, auch US-Unternehmensniederlassungen in Rußland können für solch eine Unterstützung als Netzwerk dienen. Auch russische Unternehmen können für die Finanzierung von NGOs benutzt werden.

Wie das?

Savin: Sehr einfach: Russische Unternehmen fördern russische NGOs – das wäre dann keine ausländische Finanzierung. Später bekommt das russische Unternehmen das Geld von westlichen Geschäftspartnern. Aber die russische Regierung bemüht sich derzeit, diese Dinge besser zu kontrollieren. In die Arbeit von NGOs soll mehr Transparenz gebracht werden, wenn es um deren Finanzierung und Förderung geht. Das müßte doch dem Westen gefallen, immerhin ist Transparenz doch eine sehr demokratische Angelegenheit! Russische Unternehmen sollen besser überwacht werden, vor allem deren Auslandsgeschäfte. Auch das müßte der Westen eigentlich gutheißen: Immerhin geht es dabei um Maßnahmen gegen Korruption.

Vor allem deutsche Stiftungen und NGOs scheinen eine herausragende Rolle bei Farbrevolutionen zu spielen. In der Ukraine war beispielsweise die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung besonders aktiv, indem sie den Boxer Vitali Klitschko „aufbaute“ und unterstützte. Warum engagiert sich Berlin so sehr bei solchen Umstürzen? Und ist das überhaupt im nationalen Interesse Deutschlands?

Die ukrainischen Politiker Julia Timoschenko und Vitali Klitschko im Gespräch mit Bundeskanzlerin Angela Merkel: Klitschkos Partei „Udar“ wurde mit Hilfe der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung aufgebaut.



Foto: Flickr/European People's Party



Foto: ZUERST!-Archiv

ZUERST!-Chefredakteur Manuel Ochsenreiter und Leonid Savin während einer Konferenz in Teheran.

Savin: Wir müssen da ganz ehrlich sein: Das, was man in Berlin und im Westen „Partnerschaft mit dem Osten“ nennt, ist doch in Wirklichkeit eine verdeckte Operation für eine westliche geopolitische Invasion. Berlin gehört hierbei zu den Hauptakteuren. Deutschland spielt hier die Rolle des wichtigsten Erfüllungsgehilfen der USA. Das erkennt man deutlich an den Vorgängen in der Ukraine. Auf der anderen Seite stehen Rußland, China, Indien, Iran, Brasilien und andere aufstrebende Mächte. Meiner Ansicht nach plante Washington diesen Coup in der Ukraine, um die guten wirtschaftlichen Beziehungen speziell zwischen Deutschland und Rußland zu zerstören und Europa wieder fester an die USA zu binden.

Sind denn west- und zentraleuropäische Staaten in Zukunft auch revolutionsgefährdet?

Savin: Ich denke nicht, daß es dort zu Farbrevolutionen wegen angeblicher Wahlfälschungen kommen wird. Außerdem existieren dort ja bereits die Institutionen der EU und der NATO. Aber es gibt andererseits viele Möglichkeiten, Länder ins Chaos zu stürzen: Griechenland und Spanien haben beispielsweise in der jüngsten Vergangenheit gezeigt, daß es sehr wohl zu Revolten kommen kann. Es gibt auf dem europäischen Kontinent heute jede Menge kritische Konfliktlinien, die jederzeit aufbrechen können: Wirtschaft, Einwanderung, „multikulturelle Gesellschaft“, Armut, Identitätskrisen. Die Referenden von Schottland und Katalonien zeigen deutlich diese Risse auf. In ganz Europa be-

finden sich zudem EU-kritische Parteien – gerne werden diese als „rechts“ bezeichnet – auf dem Vormarsch. Ihre Wahlergebnisse sind ein deutlicher Indikator für die Unzufriedenheit der Bürger in der EU. Bis jetzt gibt es noch keine einzige pan-europäische konservative Bewegung in den Parlamenten – im Gegensatz zu den Liberalen und Linken. Sollten sich diese EU-kritischen politischen Kräfte eines Tages durchsetzen, wird dies nicht ohne den Widerstand Washingtons und Brüssels geschehen.

Herr Savin, Ihr Land – Rußland – scheint auf der „Wunschliste“ der Organisatoren von Farbrevolutionen ganz oben zu stehen. Wie sehen die Abwehrmechanismen Moskaus aus?

Savin: Wir haben inzwischen gut ausgebildete staatliche Stellen, die die Bürger Rußlands vor solchen Bedrohungen schützen. Aber es gibt heute auch viele

Denkfabriken in Rußland, die Farbrevolutionen analysieren und beobachten. Unser Institut forscht beispielsweise viel darüber und berät die Regierung. Und wir haben auch eine andere Gesellschaft in Rußland, die sich sehr von den westlichen Gesellschaften unterscheidet – im Sinne von Tradition, Religion und Geschichtsbewußtsein.

„Wir dürfen unsere Gegner nicht unterschätzen.“

Das sind alles sehr stabile Säulen für die Zukunft. Zudem ist die Zustimmung für Präsident Wladimir Putin außerordentlich hoch, die große Mehrheit der Bürger der russischen Föderation unterstützt ihn. Es gibt sogar viele Menschen hier, denen Putin noch zu liberal ist. Und noch etwas: Es gab bislang noch keine Farbrevolution in einer Atommacht. Einige Aufstände in Rußland, Indien, Pakistan und China konnten relativ schnell niedergeschlagen werden. Und sogar die „Revolution“ in Hongkong vor einigen Monaten scheiterte. Viele Analysten unterschätzen den hohen Grad an Verantwortungsbewußtsein der politischen Elite in solchen Staaten.

Rußland ist also „sicher“?

Savin: Wir dürfen unsere Gegner natürlich nicht unterschätzen. Sie werden nicht aufhören, uns destabilisieren zu wollen. Wir müssen auf alles vorbereitet sein, es wird in Zukunft kombinierte Operationen gegen unser Land in allen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Bereichen geben. Aber ich sehe auch die hohe Wachsamkeit unserer politischen Verantwortungsträger und unserer Patrioten. Sie werden im richtigen Moment das Richtige tun.

Herr Savin, vielen Dank für das Gespräch.